

die gute nachricht Wenn Fido sich verläuft, hilft ein Empfänger ihn wieder zu finden



Foto Dominik Labhardt

GLOVELIER/LAUSANNE. Eine jurassische Firma bietet einen Lokalisierungsdienst an, mit dem vermisste Hunde elektronisch wieder aufgespürt werden können. Die Lokalisierung erfolgt über Mobilfunk- und Satellitentechnologie, wie die Firma Locatis und der Telekommunikationsanbieter Orange gestern bekannt gaben. Voraussetzung dafür ist ein 80 Gramm schwerer Empfänger, der am Halsband des Tieres befestigt wird. Seinen vermissten Hund kann der Halter dann via Internet, per SMS oder mit einem Telefonanruf lokalisieren lassen. Der Empfänger kostet zwischen 99 und 499 Franken, die Lokalisierungsabfrage 4 Franken. Laut Locatis entlaufen jährlich etwa 20 000 der rund eine halbe Million in der Schweiz lebenden Hunde. Jedes Jahr bleiben rund 5000 Hunde vermisst. AP > www.locatis.ch

Bin Laden spricht

WASHINGTON. Der Chef des Terrornetzwerks Al Qaida, Osama bin Laden, hat den USA offenbar mit weiteren Anschlägen gedroht. Neue Angriffe seien «in Vorbereitung», sagte er in einer von Al Jazeera ausgestrahlten Tonbandaufnahme. «Diese Aktionen werden vorbereitet, und Sie werden die Ergebnisse sehen.» Zugleich bot er dem amerikanischen Volk einen «lang dauernden Waffenstillstand» auf Basis «fairer Konditionen» an. Die USA wiesen das «Angebot» umgehend zurück. «Wir verhandeln nicht mit Terroristen. Wir setzen sie ausser Gefecht», hiess es im Weissen Haus. Die Echtheit der Aufnahmen ist nicht bestätigt. Derweil verlautet aus pakistanischen Sicherheitskreisen, dass beim umstrittenen US-Luftangriff auf ein pakistanisches Dorf am Freitag auch der Al-Qaida-Sprengstoffexperte getötet wurde. SDA

Neuer Präsident

ISTANBUL. Zwei Monate nach dem Skandalspiel gegen die Schweiz in der Qualifikation zur Weltmeisterschaft 2006 hat der türkische Fussball-Verband seinen Präsidenten ausgewechselt. Die Delegierten wählten gestern Haluk Ulusoy zum Nachfolger von Levent Bicakci. Es ist nicht ausgeschlossen, dass der Wechsel vor dem Hintergrund des anstehenden Fifa-Urteils vorgenommen wurde. DPA



Foto Keystone

DIE ABRISSEBIRNE KOMMT. In «Erichs Lampenladen» gehen die Lichter aus: Der deutsche Bundestag hat sich gestern mit grosser Mehrheit und endgültig für den Abriss des «Palastes der Republik» in Berlin entschieden. Der auf Betreiben von SED-Parteichef Honecker gebaute DDR-Rennstrecke soll nun bis Ostern 2007 fallen. SDA

tageskommentar

Blendende Perspektiven

FELIX ERBACHER



Die Öffentlichkeit war entsetzt, als vor zehn Jahren die Präsidenten von Ciba-Geigy und Sandoz, Alex Krauer

und Marc Moret, die Fusion von Novartis bekannt gaben. Der Schock war gross: Ein Abbau von 13 000 Stellen weltweit und von 3000 in der Schweiz wurde angekündigt. Die beiden Präsidenten handelten aus der Not und in weiser Voraussicht darüber, wie sich die Bedingungen auf den Pharmamärkten verschlechtern würden. Die Produktpipelines in Basel waren nicht mehr gut gefüllt, Nachfolgeregelungen wurden verschlafen, die Unternehmensgrössen waren suboptimal. Die Fusion entwickelte sich unter dem Duo Krauer/Vasella, dann ab 1999 solo unter Vasella, zu einer veritablen Erfolgsstory – was ange-

Die Novartis-Fusion ist zu einer weltweit anerkannten Erfolgsstory geworden.

sichts schlecht funktionierender Pharmazusammenschlüsse zunehmend Anerkennung fand. Vasella meisterte einen Durchhänger und präsentierte gestern das neunte Mal in Folge einen Rekordgewinn.

Die Fusion hatte grosse Veränderungen in der Basler Chemielandschaft zur Folge. Vor zehn Jahren operierte neben Novartis und Roche nur noch die blutjunge Clariant als Grossfirma. In der Folge entstanden die Ciba Spezialitätenchemie und der Agrokonzern Syngenta aus Novartis. Mit Geburtshilfe von Roche und Novartis sind die Biopharmafirmen Actelion, Basilea, Speedel und Arpida entstanden. Die Region ist zu einem der weltweit bedeutendsten Life-Science-Standorte herangewachsen, der heute mehr Leute beschäftigt als vor der Fusion vor zehn Jahren. Nachdem der Grosse Rat der Erweiterung des Milliardenprojekts «Campus» von Novartis zugestimmt hat, sehen die Perspektiven der Region weiterhin vortrefflich aus.

felix.erbacher@baz.ch > SEITE 23

«Nörgeln oder die Chance packen»

Seit zweieinhalb Monaten führt Bruno Oberle das Bundesamt für Umwelt



Problemlöser. Bruno Oberle, oberster Umweltschützer der Schweiz, sucht die pragmatische Kurskorrektur.

Foto Keystone

CHRISTOF WAMISTER

Umweltschutz muss als nachhaltige Nutzung von Ressourcen neu definiert werden. Bruno Oberle, Chef des neu geschaffenen Bundesamtes für Umwelt, hat ein Ohr für die Wirtschaft.

Bruno Oberle ist Tessiner. Das sieht man dem Namen nicht an, aber man merkt es sofort, wenn er spricht. Nicht dass sein Deutsch Fehler verriete. Aber es hat jene unverkennbar weiche Tönung, welche den Italo-Phonen in Bundesdiensten einen Sympathiebonus beschert. Oberle ist zwar in St. Gallen geboren, aber in Locarno aufgewachsen. Zu Hause hat man nur Italienisch gesprochen. Zu einer sprachlichen Minderheit zu gehören hat er aber nie als Benachteiligung, sondern als Chance empfunden. Deutsch habe er zwar in der Schule als Fach gehabt, aber wirklich angeeignet habe er sich die Sprache in Zürich durch die Lektüre der Wochenzeitung «Die Zeit». Oberle liebt es auch heute noch, während eines Samstagmorgens in einem Kaffeehaus die europäischen Zeitungen durchzulesen.

LEBENSTHEMA. Bruno Oberle (50) wuchs quasi mit der ökologischen Revolution auf. Seine Lieblingsfächer in der Mittelschule waren Philosophie und Physik. Doch es begann damit, dass ihm ein Lehrer eine Strafaufgabe erteilte: den ersten Bericht des Club of Rome, «Die Grenzen des Wachstums», zu lesen und darüber zu referieren. Er war dermassen fasziniert, dass er gleich noch die ausführlichere Version verschlang. Seine Mitschüler haben sich bei seinem Referat vermutlich gelangweilt. Aber Bruno Oberle hatte das Thema seines Lebens gefunden. Er wollte die Wissenschaft vom Umgang mit den beschränkten Ressourcen studieren, aber es gab noch keine solchen Studiengänge. Er absolvierte deshalb an der ETH das naturwissenschaftliche Grundlagenstudium und im Nebenfach Ökonomie. «Es gibt in der Geschichte der ETH, so viel ich weiss, nur drei Studierende, die auch noch in Ökonomie abgeschlossen haben», hält Oberle nicht ohne Stolz fest. Noch bevor er mit einer Dissertation begann,

gründete er ein Unternehmen für Umweltberatung. Wissenschaftlich befasst er sich dann mit der Nutzung von Energieressourcen. «Es war die Zeit der Gesamtenergiekonzeption» – also das Ende der siebziger Jahre. Von 1988 an wirkte er als Dozent in der neu geschaffenen Abteilung für Umweltnaturwissenschaften der ETH. «Ecological problem solving» war sein Spezialgebiet: Wie nutzt man Ressourcen, ohne sie zu übernutzen?

RESSOURCEN. In seinem Grundsatzreferat anlässlich der Präsentation des reorganisierten Bundesamtes für Umwelt (Bafu, vormals Buwal) proklamierte Oberle denn auch: «Umweltpolitik ist Ressourcenpolitik.» Oberle zieht eine Linie von den Produktionsfaktoren der klassischen Nationalökonomie zum Dreieck der Nachhaltigkeit: Kapital, Arbeit und Ressourcen. Die natürlichen Lebensgrundlagen dürfen dabei nur so weit genutzt werden, als das Naturkapital des Landes nicht gefährdet wird. Da denkt Oberle klassisch ökologisch. Er möchte aber nicht nur dekretieren, sondern der volkswirtschaftlichen Gesamtsicht und dem Dialog mit der Wirtschaft und Gesellschaft noch mehr Gewicht geben. «Nicht jede Umweltmassnahme ist per se gut.»

Dialog mit der Wirtschaft? In der gestrigen baz (19. 1.) beklagte sich ein Basler Malermeister über den Aufwand, den er für die Luftreinhaltestatistik betreiben müsse. Bruno Oberle widerspricht: Der Anteil der Umweltauflagen an administrativen Aufwand der Unternehmen betrage nur etwa vier Prozent. «Trotzdem müssen wir uns natürlich fragen: Wie kann man es effizienter machen?» In Projekten mit dem Baugeerbe und der Textilindustrie studiere das Bafu die Möglichkeiten zur Reduktion des administrativen Aufwandes. Das Malergewerbe habe aber auch die Möglichkeit, Farben auf Wasserbasis zu verwenden, um den Ausstoss an Lösungsmitteln zu reduzieren. Da ist Bruno Oberle ganz der Praktiker, der als Umweltberater schon mit den Malern zusammengearbeitet hat. «Es ist wie immer im Leben. Man kann über etwas nörgeln, vor etwas Angst haben oder es als Chance packen.» > www.umwelt-schweiz.ch

Österreicher schnappt sich «www.schweiz.eu»

Der Bund hat bei der Vergabe der Internet-Adressen mit der Endung «.eu» geschlafen – Basel war schlauer

TOBIAS BOSSARD

Seit Ende 2005 kann man sich um die europäischen Internet-Adressen bewerben. Schweizer müssen allerdings einige Tricks anwenden.

Sebastian Röthler, Chef des Salzburger Internet-Dienstleisters info.at, konnte es kaum glauben: Am 7. Dezember, als der Startschuss für die Vergabe der Adressen mit der Endung «.eu» war, interessierte sich niemand für «www.schweiz.eu». Darum hat er diese sowie «www.suisse.ch» selbst beantragt. Das geht, auch wenn er «nichts mit der Schweiz am Hut» hat, wie er sagt, mit einem Trick: In Belgien, wo dies problemlos möglich ist, hat er die Marke «Schweiz» kurzerhand regis-

trieren lassen. So konnte er als EU-Bürger diese Internet-Adresse beantragen.

Ähnliche Tricks hätte auch der Bund anwenden können, um als Erster die Heimadressen zu beantragen und damit den Zuschlag zu erhalten. Denn es gilt das Prinzip «first come, first serve»: Wer zuerst kommt (und alle Formalitäten stimmen), erhält die beantragte Adresse. Unwiderruflich.

WARNUNG IGNORIERT. Der Bund hat aber nicht gehandelt. Und das, obwohl Beat Fehr, Chef der Basler Firma Cadware, welche «.eu»-Adressen registrieren kann, den Bund ausdrücklich auf das Thema aufmerksam gemacht hat.

«Das hat die gar nicht interessiert», sagt Fehr. Zumindest nicht am Anfang, denn jetzt ist auch die Schweiz tätig geworden: Vor zwei Wochen hat das Centre Culturel Suisse in Paris die Schweizer «.eu»-Adressen für den Bund beantragt. Es liegt nun aber auf den Antragslisten jeweils auf hinteren Positionen – ausser bei «www.svizzera.ch», für die sich zuvor niemand interessiert hat. Bei «www.switzerland.eu», der wohl wertvollsten Adresse für die Schweiz, belegt eine niederländische Firma Rang eins.

Obwohl die Adressen noch nicht definitiv vergeben sind – die Anträge werden zuerst von der EU-Vergabestelle Eurid geprüft –, ist der Österreicher

Sebastian Röthler überzeugt, dass er «www.schweiz.eu» erhält. Und was will er damit machen? «Wenn die Schweizer Regierung uns fragt, werden wir ihr die Adresse in Form von Nachbarschaftshilfe abgeben», lacht Röthler. «Sonst verwenden wir sie anderweitig.»

Im Gegensatz zum Bund hat Basel rechtzeitig gehandelt. Ebenfalls mit einem Trick: Die Messe Schweiz, die den Markennamen «Basel» besitzt (so hiess früher die Uhren- und Schmuckmesse), hat für den Kanton «www.basel.eu» bereits am 7. Dezember beantragt – und zwar über eine deutsche Mitarbeiterin. > www.eurid.eu > www.whois.eu